

211 Kita-Plätze fehlen noch

Die Stadtverwaltung weist Kritik von WNK UWG zurück.

W6-A
05.17.

Von Karsten Mittelstädt

Bürgermeister Rainer Bleek hat keine Angst vor Eltern, die im kommenden Jahr ihr Recht auf einen Kindergartenplatz einklagen. Das erklärte er auf eine Anfrage der WNK UWG-Fraktion in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Montag. Deren Fraktionsvorsitzender Henning Rehse warf der Verwaltung – salopp formuliert – vor, sie penne in Sachen Kita-Bedarf. Seine Fraktion habe schon vor 17 Monaten auf den steigenden Bedarf in einem Antrag hingewiesen. Als Rehse jetzt hörte, dass der Fehlbedarf an 211 Kita-Plätzen bis zum Beginn des kommenden Kindergartenjahres 2019/20 möglicherweise nicht ausgeglichen werden könnte, holte er die alten Anträge hervor. Er hatte nämlich auch gehört, dass Mitte März ein Träger bei der Stadt angeklopft habe mit der Bereitschaft, Kita-Plätze zu schaffen. „Was passiert eigentlich, wenn Eltern Lohnausfall oder sogar den Verlust des Arbeitsplatzes einklagen?“ Gerichte hätten schon entsprechend geurteilt. Welche Schadensersatzforde-

rungen können auf die Stadt zukommen?, wollte Rehse wissen.

Bleek sieht das gelassen. Solche Forderungen könnten nur gestellt werden, wenn die Stadt nichts getan hätte: „Wir haben ja bereits Maßnahmen ergriffen.“ Außerdem habe niemand vorhersehen können, dass die Bedarfsquote an Kita-Plätzen von durchschnittlich 30 auf 80 Prozent steige. Auch Beigeordneter Thomas Marner

sieht die Stadt auf der sicheren Seite. Die Verwaltung habe Maßnahmen ergriffen, um weitere Kita-Plätze zu schaffen. Es stimme, dass der von Rehse genannte Investor mittlerweile abgesprungen sei. „Aber die Zeiten, in denen so etwas per Handschlag erfolgte, sind vorbei“, musste sich Rehse belehren lassen. „Das müssen wir ausschreiben“, und daran müsse sich auch ein Investor halten. » Standpunkt



Der Wunsch von Eltern, ihre Kinder betreuen zu lassen, ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Foto: Monika Skolimowska/dpa

STANDPUNKT

Vorwurf nicht berechtigt

Von Karsten Mittelstädt

Man kann der Stadtverwaltung Wermelskirchen sicher einiges vorwerfen. Dass sie aber nicht alles tut, um Kindergartenplätze zu schaffen, gehört sicher nicht (mehr) dazu. Im Juli 2017, als der Awo-Kindergarten an der Jörgensgasse geschlossen wurde, hatte man im Rathaus die Situation noch nicht erkannt. Im Januar dieses Jahres aber schon, als über 130 Eltern, die einen Platz für ihr Kind suchten, zunächst leer ausgingen. Es wurde ein ganzes Maßnahmenbündel gepackt. Die Reaktivierung der Kita Jörgensgasse gehört dazu. Der Waldkindergarten wurde eröffnet. Dass Jugendamtsleiter Andreas Voss jetzt im Jugendhilfeausschuss klarstellte, dass vermutlich nicht

alle geplanten Maßnahmen bis zum 1. August 2019 umgesetzt werden können, ist nur ehrlich. Zusätzliche Plätze in der Kita Grunewald, Forstring, Am Ecker sowie Neubauten an Eichholzer und Hilfringhauser Straße werden erst Ende 2019/Anfang 2020 fertig. Die Stadtverwaltung setzt sich dem Risiko von Schadenersatzforderungen aus, wenn sie nicht alle Hebel in Bewegung setzt, um ausreichend Betreuungsplätze zu schaffen.

» 211 Kita-Plätze ...



karsten.mittelstaedt
@rga-online.de

Stadtverwaltung rechtfertigt Zeitabläufe bei Kita-Maßnahmen

WERMELSKIRCHEN (sng) Er wolle die Elternpaare, die möglicherweise keinen Kindergarten-Platz in Wermelskirchen bekommen, „nicht am Hacken haben“, warf Henning Rehse kopfschüttelnd in die Runde. Mit einer kurzfristigen Anfrage wegen „Dringlichkeit und Brisanz“ hatte sich der Vorsitzende der WNKUWG-Stadtratsfraktion im Haupt- und Finanzausschuss an die Stadtverwaltung gewendet. Die WNKUWG-Kritik dabei: Zeitliche Verzögerungen.

Seine Fraktion habe bereits im Sommer 2017 auf die „aufziehende Problematik“ der fehlende Kitaplätze hingewiesen, im März dieses Jahres seien der Kindergartenbedarfsplan und ein Maßnahmenpaket vom Stadtrat beschlossen worden, erinnerte Rehse. Nunmehr werde jedoch bekannt, dass eingeleitete Maßnahmen nicht bis zum Start des Kindergartenjahres 2019/2020 fertiggestellt sein könnten. Vor dem Hintergrund, dass sich seiner Kenntnis nach ein privater Investor als Träger von Kin-

dergärten der Stadt bereits im März 2018 vorgestellt habe, wären diese Zeitabläufe noch unverständlicher. „Das wäre das Sahnehäubchen auf dem Ganzen“, konstatierte Rehse.

Auf Rehse's Frage, wie bedrohlich etwaige Klagen zum Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für die Stadtverwaltung seien, antwortete Bürgermeister Rainer Bleek:

„Etwaigen Klagen sehen wir gelassen entgegen“

Rainer Bleek
Bürgermeister

„Der Rechtsanspruch kann auf dem Klageweg nur zu Schadensersatzansprüchen oder ähnlichem führen,

BH 07.12. wenn die Stadt keine nachweisbaren Aktivitäten eingeleitet hat. Dass wir Maßnahmen unter-

nommen haben, können wir jedoch locker nachweisen. Da sehen wir etwaigen Klagen gelassen entgegen.“ Der Technische Beigeordnete der Stadtverwaltung,

Thomas Marner, bestätigte gegenüber dem Haupt- und Finanzausschuss, dass sich ein Investor vorgestellt habe: „Das Investorenmodell zum Bau und Betrieb einer Kindertagesstätte haben wir angenommen (Anm. d. Red.: für die geplanten Kita-Neubauten an der Hilfringhauser und Eichholzer Straße). Aber so etwas geht rein rechtlich ja nicht per Handschlag, sondern muss Grundstücksspezifisch ausgeschrieben werden.“ Die Ausschreibungen für die beiden Vorhaben wären in der

vergangenen Woche erfolgt. Allein auf die notwendige Bewertung der Grundstücke durch den Gutachterausschuss des Rheinisch-Bergischen Kreises habe die Stadtverwaltung zehn Wochen gewartet, sagte Rainer Bleek: „Hätten wir das privat beauftragt, dann hätten wir noch länger auf ein Ergebnis warten müssen.“

Jochen Bilstein (SPD) mahnte an: „Die Stadtverwaltung muss die Politik zügig und fortlaufend über der Stand der Dinge informieren.“

Gelber Sack: WNK/UWG will mehr wissen

UG 18.12.

Der Fraktionsvorsitzende der WNK/UWG, Henning Rehse, hat Fragen an den Bergischen Abfallwirtschaftsverband (BAV) zur künftigen Gestaltung des Dualen Systems (Gelber Sack oder Gelbe Tonne). Wie berichtet, soll es 2019 eine Ausschreibung zur Neuausrichtung geben. „Es wird von einer Ausschreibung der Leistungen in 2019 gesprochen“, schreibt dazu Henning Rehse. „Ist das eine Ausschreibung im privatwirtschaftlichen Sinne, bei dem die Leistung in verschiedene Lose aufgeteilt ausgeschrieben wird? Kann sich an dieser Ausschreibung jeder beteiligen?“ Rehse möchte vor allem wissen, wie es sein könne, dass vor erfolgter Ausschreibung bereits die Firma Reclay als zuständiger Entsorger feststehen solle.

Zudem möchte er wissen, ob es möglich sei, verschiedene Lose auszuschreiben, in denen dann im Idealfall jedes Los einer Kommune mit deren Option zugeordnet sei. Und: „Wer entscheidet, wie die Ausschreibung formuliert und wie ausgeschrieben wird?“

acs

Politik beschließt Zukunftsausschuss

Mit Zukunftsfragen beschäftigten sich bisher Politiker in einem Arbeitskreis. Ab nächstem Jahr gibt es ein neues politisches Gremium, das Zielperspektiven entwickelt. Damit bekommt der politische Weitblick mehr Gewicht.

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN In der Politik ist Weitblick mehr denn je gefragt, das zeigt zum Beispiel die Zeitschiene des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes: Bis 2030 soll das Förderprogramm für die Innenstadt Wermelskirchens laufen. Darin wird auch die Frage aufgeworfen, ob Wermelskirchen auf 40.000 Einwohner wachsen soll. Jetzt soll der vorausschauende Blick noch mehr Gewicht bekommen: Der Stadtrat beschloss, dass zum 1. Januar ein Zukunftsausschuss gebildet wird. Er ersetzt den Arbeitskreis Zukunft, hat aber als Fachausschuss des Rates ein größeres politisches Gewicht: Er kann über Aufträge an die Verwaltung Themen anders beleuchten und forcieren.

„Andere Städte sind weiter: Burscheid hat sich viel früher auf den Weg gemacht“

Dirk Wartmann
Vorsitzender

Das neue Gremium besteht aus 15 Mitgliedern, Vorsitzender wird Dirk Wartmann (WNKUWG), der bisher

BM
70.12.2019

Wie soll die Stadt in Zukunft aussehen? Soll ein Leitbild entwickelt werden? Soll sie auf 40.000 Einwohner wachsen? Mit diesen und anderen Fragen könnte sich der Zukunftsausschuss schon im nächsten Jahr auseinandersetzen. FOTO: BMI/GRAFIK: MICHAEL INT'ZANDT



den Arbeitskreis leitete. Sein Stellvertreter ist gemäß der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalens der CDU-Fraktionsvorsitzende, Christian Klicki. In der jüngsten Ratssitzung wurde per Losentscheid festgelegt, ob die Grünen oder das Bürgerforum einen zweiten Sitz in dem Ausschuss bekommen: die Grünen bekamen den Zuschlag.

Für den Vorsitzenden, Dirk Wartmann, ist die Bildung dieses wichtigen Ausschusses ein lang ersehnter Schritt in die richtige Richtung. „Andere Städte sind da schon viel weiter, das zeigt sich auch beim IKEHK: Burscheid hat sich viel früher auf

den Weg gemacht.“ Er wünsche sich, dass das Gremium nicht für politische Grabenkämpfe genutzt wird, sondern dass alle an einem Strang ziehen, um das Beste für Wermelskirchen herauszuholen. „Man kann unterschiedlicher Auffassung sein, aber jeder sollte auch kompromissbereit sein“, sagte er auf Nachfrage dieser Zeitung. Als Vorsitzender sehe er sich in der Rolle des Impulsgebers und Moderators. „Ich möchte Denkanstöße geben.“ Gleichzeitig wünsche er sich, dass sich auch Bürger einbringen: durch Fragen und Anregungen in der Einwohnerfragestunde, die derzeit in den Ausschüssen

kaum in Anspruch genommen wird.

Der neue Ausschuss fängt bei Null an. Er solle zunächst feststellen, welche Themen er zu Beginn setzen will. Mitglieder könnten beispielsweise entscheiden, ob die fünf Themenfelder aus dem Arbeitskreis Zukunft, die das Ergebnis von zwei Workshops sind, übernommen werden sollten: Wirtschaft, Wohnen, Lebensqualität, Kita-Angebot und Schulen. Und ob der Ausschuss sich für ein Leitbild für die Stadt Wermelskirchen ausspricht, gleichsam als Kompass für künftiges Handeln. „Es geht um die Frage, was man realisieren will, ob es finan-

INFO

Fachausschuss mit 15 Mitglieder

Zusammensetzung Sitzverteilung im Zukunftsausschuss: CDU fünf Sitze, SPD drei Sitze, WNK zwei Sitze, Grünen zwei Sitze, Bürgerforum einen Sitz, FDP zwei Sitze.

Arbeit Das Gremium kommt zu öffentlichen Sitzungen zusammen, denkbar seien auch Arbeits-sitzungen, in denen Themen vorbereitet werden, so Wartmann.

zierbar ist und welche Folgekosten entstehen“, erläuterte Wartmann. Ähnlich wie beim Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept setze dies eine Begleitung und Planung durch ein Fachbüro voraus. „Das kostet natürlich auch Geld, aber wir im Zukunftsausschuss sind ja alle Laien auf dem Gebiet.“ Den Ausschuss sieht er in der Rolle des Prüfers, der schaut, wie die Prozesse laufen und ob nachjustiert werden müsse. Wartmann beont: „Aber in dem Ausschuss muss man auch mal spinnen dürfen – über Visionen und Projekte, die Machbarkeitsprüfung kommt dann später.“



WNK UWG Freie Wähler

Ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2019 wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern Ihre WNK UWG.

Mit unseren Wünschen verbinden wir unseren Dank für das uns entgegengebrachte Vertrauen.

